

über die Geschichte der kroatisch-serbischen Auseinandersetzungen während des Zweiten Weltkriegs an die Wahrheit zu halten und von verallgemeinernden Urteilen Abstand zu nehmen. „Wenn wir uns an die Wahrheit halten, haben wir auch einen leichteren Zugang zu den ökumenischen Gesprächen zwischen der serbisch-orthodoxen und der kroatischen katholischen Kirche.“ Je mehr man sich vom Einfluß der Propaganda und von der Verbundenheit mit einem politischen System löse, desto eher könne eine wirkliche Annäherung erreicht werden.

Das bislang letzte Treffen zwischen dem Zagreber Erzbischof und dem Patriarchen der serbisch-orthodoxen Kirche hat am 24. August in *Slavonski Brod* stattgefunden. Das Kommuniqué, das nach dieser Begegnung veröffentlicht wurde (es trägt die Überschrift: „Inständiger Schrei zu Gott und den Menschen“), besteht weitgehend aus Bibelzitat. Am Schluß findet sich die Formulierung: „Wir möchten vor allen demütig bezeugen, daß wir an den Frieden glauben, daß wir an die Gerechtigkeit glauben, daß wir an den Herrn glauben ... Wir kommen nicht als Richter daher. Wir kommen als Zeugen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und Liebe Christi und als barmherzige Samariter.“ Anfang November sprach sich Patriarch Pavle in einem Interview mit der Belgrader Tageszeitung „Politika“ für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker Jugoslawiens aus. Die Völker Jugoslawiens müßten frei entscheiden, ob sie in einem staatlichen Gemeinwesen zusammenleben oder sich trennen wollten: „Eine Trennung ist besser, als daß wir uns gegenseitig töten.“

In der ersten Novemberwoche kam die *Bischofskonferenz* der serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad zu einer Sondersitzung zusammen, auf der auch ausführlich über die Situation der orthodoxen Kirche in Kroatien gesprochen wurde. Dort sollen mehr als 60 orthodoxe Gotteshäuser zerstört oder schwer beschädigt sein. Die Bischöfe äußerten auch ihre Besorgnis über die Lage der serbischen Minderheit in Kroatien, die „nicht nur poli-

tisch, sondern auch physisch gefährdet“ sei. Gleichzeitig brachten sie aber die „absolute Ablehnung aller Eroberungskriege“ zum Ausdruck. In einem Appell für die „friedliche und gerechte Lösung des Konflikts“ in Jugoslawien hieß es, Frieden und Freiheit der Kroaten und der anderen Völker dürften nicht gefährdet werden. Die serbisch-orthodoxe Kirche könne nur Befreiungs- und Verteidigungskriege, nicht jedoch Eroberungskriege akzeptieren. Ausdrücklich wurde festgehalten, serbische Soldaten dürften keine Verbrechen begehen. Für ihre Republik forderten die Bischöfe statt der herrschenden Einparteienregierung der früheren Kommunisten die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung.

## Den Frieden wiederherstellen

Ob diese Äußerungen aus der serbisch-orthodoxen Kirche als – vorsichtige – Distanzierung von der offiziellen serbischen Propaganda und

## Justitia et Pax: Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit

Die *Deutsche Kommission Justitia et Pax* (Vorsitzender ist der Limburger Bischof *Franz Kamphaus*) äußerte sich in einem über 80 Seiten starken, Anfang November veröffentlichten Dokument zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit. Der Titel: „Gerechtigkeit für alle“. Nach dem *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* meldet sich damit innerhalb eines Jahres zum zweitenmal ein für die deutsche Kirche repräsentatives Gremium in einer Erklärung ausführlich zu Fragen der Entwicklungspolitik (vgl. HK, Januar 1991, 12 ff.; Februar 1991, 79 ff.). Die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen

vom Zerstörungs- und Eroberungskrieg der serbisch dominierten Bundesarmee gegen Kroatien zu bewerten sind, muß zunächst offen bleiben. Es wäre allerdings sehr zu wünschen, daß sich die serbisch-orthodoxe Kirche auf die Seite derer in ihrer Republik stellen würde, die sich gegen das brutale, durch die Sorge um die serbische Minderheit in Kroatien in keiner Weise zu rechtfertigende Vorgehen der Armee und der serbischen Freischärler wenden und eine andere serbische Politik fordern.

Für die katholische Kirche in Kroatien hat derzeit angesichts der militärischen Aggression gegen ihre Republik verständlicherweise die Hilfe für die Kriegsgesopfer und die Forderung nach Anerkennung Kroatiens und kirchlicher wie politischer Solidarität Europas Priorität. Kardinal Kuharić in seinem Appell an die EG-Außenminister: „Wir sind der Überzeugung, daß das demokratische Europa im Namen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit den Frieden in Kroatien und auf dem Balkan herstellen kann.“ U. R.

Katholiken sowie den Leitern des Kommissariates der deutschen Bischöfe, der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, der katholischen Friedensbewegung *Pax Christi* und des Hilfswerks *Adveniat, Caritas, Misereor* sowie *Missio* Aachen und München.

Im Gegensatz zur Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken handelt es sich bei diesem Dokument weniger um eine Stellungnahme zur *aktuellen* Situation von Entwicklungspolitik und kirchlicher Entwicklungsarbeit. Das *Justitia-et-Pax*-Papier ist vielmehr der Versuch, Rechenschaft über das in drei Jahrzehnten Entwicklungspolitik und Entwicklungsarbeit Geleistete zu geben, in historischer Rückschau bis-

herige Erfahrungen zu bewerten und daraus Einsichten für eine zukünftige Entwicklung zu gewinnen.

## Die Krise von Entwicklungspolitik und -arbeit

Ausgangspunkt der Erklärung ist die allenthalben diskutierte und beklagte *Krise von Entwicklungspolitik und Entwicklungsarbeit*, wie sie in den letzten Jahren spürbar wurde. Noch mehr als früher drohe die „Internationale Soziale Frage“ aus dem Gesichtsfeld der reichen Völker zu geraten. Enttäuschung mache sich breit über „Fehlschläge jahrzehntelanger Anstrengungen“. Die Ursache dafür, daß man in diese Situation geraten ist, sieht man darin, daß man die Größe der Probleme und die Dauer des notwendigen Engagements als *zu gering* eingeschätzt habe. Die Gesamtbilanz der zurückliegenden Jahrzehnte wird denn auch als „ernüchternd negativ“ beschrieben: „Nachhaltige Wirkungen der Entwicklung sind sehr begrenzt. Es ist nicht gelungen, die Massenarmut zurückzudrängen. Heute lebt über eine Milliarde Menschen auf der Erde, denen das Nötigste fehlt. Tag für Tag sterben vierzigtausend Kinder an Unterernährung oder an Krankheiten, die bei einer gesundheitlichen Grundversorgung nicht tödlich verlaufen müßten.“

Die Lage von Entwicklungspolitik und Entwicklungsarbeit nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa wird *ehrer negativ* eingestuft. Wenn schon die 80er Jahre als für die ärmsten Länder „verlorenes Jahrzehnt“ eingeschätzt würden, drohe in den 90er Jahren das „Desinteresse am Schicksal der Länder des Südens noch zu wachsen“. Mittel- und langfristig bestünden zwar neue Chancen für eine „gesamteuropäisch koordinierte Entwicklungshilfe“. Auch die demokratische Erneuerung in vielen Entwicklungsländern, die bisher mehr oder weniger „im Schlepptau kommunistisch beherrschter Länder liefen“, eröffne neue Chancen. Dennoch überwiegt letztlich die skeptische Ein-

schätzung: „Die ‚Dritte Welt‘ hat strategisch an Bedeutung verloren.“ Demgegenüber wird eine „erhöhte Bereitschaft sowohl zur verstärkten materiellen Unterstützung als auch zum partnerschaftlichen Dialog über die geistigen und politisch-ethischen Grundlagen von Gesellschaft und Staat in der zusammenwachsenden *Einen Welt*“ als vorrangig nötig bezeichnet.

Für die internationale Entwicklungspolitik wird in dem Dokument zwischen der Phase der „wachstumsorientierten Strategien“ von den fünfziger bis in die siebziger Jahre und den „zielgruppenorientierten Strategien“ seit dem Beginn der siebziger Jahre unterschieden. Bis in die siebziger Jahre hinein hätten die Entwicklungsländer zwar z. T. durchaus erhebliche Steigerungen der durchschnittlichen Wachstumsraten erzielt: „Aber die Wachstumsgewinne waren nicht zu den unteren Bevölkerungsschichten ‚durchgesickert‘“ („trickle-down-effect“). Die Eliten seien zwar reicher geworden, die Armen aber arm geblieben. Weltweit habe die Zahl der absolut Armen in jener Zeit sogar zugenommen.

Bei den zielgruppenorientierten Ansätzen seit den siebziger Jahren gehe es demgegenüber darum, die erzielten Wachstumserträge primär und direkt zugunsten der benachteiligten Gruppen zu verteilen. Die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze wie auch der Arbeitsproduktivität stünden im Vordergrund, schließlich die Deckung der Grundbedürfnisse für bestimmte Zielgruppen. Sowenig diese Konzepte jedoch auch bis heute überholt seien, der entwicklungspolitische Durchbruch sei mit ihnen bisher ausgeblieben. Mißerfolge hingen u. a. damit zusammen, daß die neuen konzeptionellen Ideen in der praktischen Politik nur *zögernd und unzureichend umgesetzt* worden seien. Im übrigen liefen die Machtinteressen der jeweiligen Regierungen in den Ländern der Dritten Welt „häufig den Bestrebungen der Armen nach Emanzipation und Mitsprache zuwider“. Als weitere erschwerende Faktoren werden genannt: Bevölke-

rungswachstum, Korruption, Mißwirtschaft, Ausbeutung, fehlende rechtsstaatliche Strukturen sowie „tragfähige Wertorientierungen und politische Leitmuster für die demokratische Gestaltung von Staat und Gesellschaft“.

## „Den binnenkirchlichen Raum überschreiten“

Für die kirchliche Entwicklungsarbeit unterscheidet das Dokument im wesentlichen eine Phase der *Grundlegung* (60er Jahre), eine Phase der *Ausgestaltung* (bis Mitte der 80er Jahre). Als *neuere Tendenzen* seit Mitte der 80er Jahre werden drei Veränderungen vorgestellt: erstens mehrten sich die Fälle, in denen Partner nicht die Förderung von Projekten beantragten, sondern „politische Intervention in der Bundesrepublik Deutschland“. Eine neue Herausforderung bedeute die Rückkehr vieler Dritte-Welt-Länder zu demokratischen Regierungsformen. Zur Zeit der Militärdiktaturen habe die Kirche z. T. Programme und Projekte übernommen, die unter normalen Bedingungen Sache staatlicher Institutionen oder gesellschaftlicher Organisationen gewesen wären, die jedoch auf diese Weise davor bewahrt worden seien, zerschlagen oder gleichgeschaltet zu werden. Mit der Demokratisierung würden diese Träger ihre Handlungsspielräume zurückgewinnen.

Schließlich wird auch auf eine interessante Akzentverschiebung in der kirchlichen *Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit* verwiesen: In dem Maße, wie sich das „katholische Milieu“ aufzulösen begonnen habe, könne auch die traditionelle Basis kirchlicher Entwicklungsarbeit schmaler werden. Gleichzeitig nehme das Interesse an kirchlicher Entwicklungsarbeit bei denen zu, die nicht oder nicht mehr eng mit der Kirche verbunden seien. Die Konsequenz für die entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit: „Sie muß den binnenkirchlichen Raum überschreiten.“ Auffallend breit widmet sich die Erklärung von *Justitia et Pax* der *sozial-ethischen* und *theologischen* Begrün-

derung von kirchlicher Entwicklungsarbeit. Bemerkenswert daran ist, daß die zentrale Kategorie sowohl des sozial-ethischen als auch theologischen Teils dieselbe ist, nämlich die der *Menschenrechte*. Mit der Schlußbotschaft Pauls VI. von der Bischofssynode 1974 „*Menschenrechte und Versöhnung*“ zeigt sich Justitia et Pax „fest davon überzeugt, daß die Förderung der Menschenrechte eine Forderung des Evangeliums ist und daß sie deswegen in ihrem Dienst eine zentrale Stellung einnehmen muß“ (vgl. HK, Dezember 1974, 624 f.).

### Eine „große Bewegung der Solidarität unter und mit den Armen“

Weit stärker, als in einer Erklärung zu entwicklungspolitischen Fragen unumgänglich, gehen die Autoren des Justitia-et-Pax-Dokuments auf das z.T. schwierige Verhältnis von Menschenrechten und Kirche ein. Die Vorstellung von einer festgefühten Ordnung habe die Dynamik der *christlichen Freiheit* lange Zeit niedergehalten und verdrängt. Die Freiheitsimpulse des Glaubens seien in die „säkulare moderne Freiheitsbewegung“ abgewandelt, die sie, oft gegen den Widerstand der Kirche, gesellschaftlich wirksam gemacht habe. Dennoch zeigte sich im Glauben auch die Grenze des Ethos der Menschenrechte: Die Gerechtigkeit, um die es der Ethik der Menschenrechte gehe, bleibe stets hinter der *größeren Gerechtigkeit Gottes* zurück. Beim Versuch, Handlungsperspektiven für die Zukunft zu entwickeln, stützt sich das Dokument in seinem letzten Teil auf einen „Realismus“, der einerseits zwar von einer „nüchternen Einschätzung der Hindernisse und Schwierigkeiten“ ausgehen will, der aber „Vertrauen auf die Kräfte des Glaubens, der Hoffnung und Liebe“ gleichermaßen als Realismus begreift. Dieser Teil enthält sowohl einen Maßnahmenkatalog für den Süden wie den Norden, mit der ein von der Selbsthilfe der Armen getragener Entwicklungsprozeß in Gang gesetzt werden soll. Der Bundestagsbeschluß „Armutsbekämpfung in der Dritten

Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe“ von 1989 wird begrüßt und die Bundesregierung aufgefordert, diesen Parlamentsbeschluß zur Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Neben den konkreten politischen Forderungen zur Besserung der Lebenssituation der Armen entwickelt Justitia et Pax die Perspektive einer „großen sozialen Bewegung der Solidarität unter und mit den Armen“, die man sich als Christen und Kirche verpflichtet mitzutragen, zu ermutigen und zu stärken. Bemerkenswert hieran ist zumindest, daß sich die kirchliche Entwicklungsarbeit damit eingliedert in eine breite soziale Bewegung, anstatt vor allem auf die eigenen Kräfte zu vertrauen. Nicht ohne eine gehörige Portion Selbstkritik wird im übrigen darauf hingewiesen, daß man als Christen und Kirche im Rahmen dieser angestrebten breiten Bewegung nur glaubwürdig sei, wenn man die „vertretene und verkündete vorrangige Option für die Armen auch in unserem eigenen Leben und im Leben der Kirche überzeugend“ verkörpere. Man müsse nicht nur seinen eigenen Lebensstil und Konsumverhalten ändern, sondern auch den „Umgang mit Macht und Autorität innerhalb der Kirche“ überprüfen.

Vieles in „Gerechtigkeit für alle“ ist nicht wirklich neu – kann es auch nicht sein, zumal bei einem Thema, in dem gerade die Kirchen sich zuweilen wie einsame Mahner immer wieder zu Wort melden. Wie begründet im einzelnen die Hoffnung auf die Schaffung einer „breiten sozialen Bewegung zur Solidarität unter und mit den Armen“ ist, mag dahingestellt sein. Die Selbstbeschränkung, die man sich in den politischen Forderungen auferlegt hat, indem man fordert, worüber teilweise Konsens besteht, selbst wenn die politische Realisierung aussteht, mag den einen oder anderen in dem Eindruck bestärken, hier lasse es die Kirche an prophetischem Geist mangeln, für das politische Gespräch dürfte es insgesamt eher von Vorteil sein. Ähnliches gilt für die Tatsache, die Menschenrechte zur entscheidenden Begründungsgrundlage kirchlichen Handelns zu machen. Damit schließt sich die Kirche nicht selbst von der Anerkennung des universalen Konsenses über die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens aus, sondern bindet sich ein – ohne damit ununterscheidbar zu werden. Möglicherweise liegt hierin das auf längere Sicht entscheidende Verdienst dieses Dokumentes. K. N.

### Lehrverurteilungen: offizielle evangelische Stellungnahmen

Es ist schon fast sechs Jahre her, daß die nach dem Besuch Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik vom Herbst 1980 ins Leben gerufene Gemeinsame Ökumenische Kommission ihren Schlußbericht vorlegte (vgl. HK, März 1986, 135 ff.). Darin stellte sie vor allem das gewichtigste Ergebnis ihrer Arbeit vor, die in ihrem Auftrag vom Ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen angefertigten Untersuchungen zu den Lehrverurteilungen des 16. Jahrhunderts, die in beiden Kirchen immer noch gelten. Die Kommission legte die Verwerfungsstudie der Deutschen Bischofskonferenz

und dem Rat der EKD mit der Bitte vor, das Dokument zu prüfen und konkrete Folgerungen für die Urteile der Kirchen übereinander zu ziehen. Die Leitungen der betroffenen Kirchen wurden gebeten, „verbindlich auszusprechen, daß die Verwerfungen des 16. Jahrhunderts den heutigen Partner nicht treffen, insofern seine Lehre nicht von dem Irrtum bestimmt ist, den die Verwerfung abwehren wollte.“

Im offiziellen Prozeß der Rezeption des Dokuments über die Lehrverurteilungen liegen auf *evangelischer Seite* jetzt erste Stellungnahmen vor: die Stellungnahme eines Gemeinsamen